

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der englische Großkampf.

Ultimatum der Regierung. — Alle Verhandlungen abgebrochen.

London, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Ministerpräsident Baldwin verhandelte in Gegenwart des gesamten Ministerrats am Sonntagabend nochmals mit dem Generalkrat der Gewerkschaften. An diesen Verhandlungen nahmen später auch auf Wunsch einzelner Minister das Exekutivkomitee des Bergarbeiterverbandes teil. Die Besprechung dauerte bis 1 Uhr nachts und wurde dann ergebnislos abgebrochen, weil die Regierung einen Verzicht auf die Generalstreikparole von den Bergarbeitern fordert, ehe sie in den Lauf der Dinge praktisch eingreift. Damit scheint der Beginn des Generalstreiks am heutigen Abend fast unvermeidlich.

In einem Manifest, das nachts nach den Verhandlungen des Generalkrats mit der Regierung veröffentlicht wurde, wird die Entwicklung der Lage nochmals in ihren Einzelheiten geschildert und darin erwähnt, daß immer noch die Möglichkeit zu einer Einigung bestehe, wenn die Regierung die Forderung, von vorherein einer Lohnföhrung zuzustimmen, zurückziehe und dafür Sorge trage, daß die Aussperrung der Bergarbeiter aufgehoben werde.

„Daily Mail“ kann am Dienstag nicht erscheinen, da die Seher und das übrige Personal sich geweigert hat, einen die Wilson der Gewerkschaften in maßloser Weise angreifenden Artikel erscheinen zu lassen.

Kampfmassnahmen der Regierung.

London, 3. Mai. (WTB.) Kurz vor Mitternacht gab der Minister des Innern eine Mitteilung aus, in der erklärt wird: England müsse sich auf den Generalstreik gefasst machen. Die Regierung unternehme alle Schritte, um die Versorgung mit Lebensmitteln, Brennstoffen und Beleuchtung aufrechtzuerhalten und werde für den Schutz aller in diesen Industriezweigen Beschäftigten sorgen. Rekrutierungsämter für freiwillige Helfer würden eröffnet werden. Alle lokale Bürger würden aufgefordert, sich bereitzuhalten, um der Regierung Beistand zu leisten. Weitere Bekanntmachungen werden für den heutigen Tag angekündigt.

Auf der Sitzung des Vollzugsausschusses der Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei wurde gestern abend beschlossen, daß heute eine Debatte über die Krise verlangt werden soll, wenn bis zum Augenblick des Zusammentritts des Parlaments keine Regelung erfolgt ist.

Der Generalkrat des Gewerkschaftskongresses sandte heute früh eine Antwort an den Ministerpräsidenten, in der er sich beklagt, daß seine aufrichtige Bemühung, eine ehrenhafte Regelung zu erreichen, „durch das unerhörte Ultimatum der Regierung“ zunichte gemacht worden ist. Offiziell wurde erklärt, daß die Verhandlungen zu Ende seien.

Baldwins Ultimatum.

London, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Amtlich wird mitgeteilt, daß das Scheitern der Verhandlungen über den Kohlenkonflikt durch folgenden Brief des Premierministers Baldwin an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskongresses Arthur Pugh bekannt gegeben wurde:

„Die Regierung Seiner Majestät ist der Ansicht, daß keine Lösung der Schwierigkeiten in der Kohlenindustrie, die für alle Beteiligten zugleich durchführbar und ehrenvoll wäre, gefunden werden kann, es sei denn durch eine aufrichtige Annahme des Kommissionsberichts. In dem Ausdruck „Annahme des Berichtes“ sind sowohl die Reorganisation der Kohlenindustrie, die sofort in Angriff genommen werden müßte, enthalten, wie auch die noch später zu erwartenden Ergebnisse dieser Reorganisation, die einwilligen durch eine vorübergehende Angleichung der Löhne und der Arbeitszeit zu erreichen wären, um in der Zwischenzeit eine wirtschaftliche Fortführung dieser Industrie zu ermöglichen.“

Wenn die Vertreter der Bergarbeitergewerkschaften bereit gewesen wären, klipp und klar zu erklären, daß sie diesen Vorschlag annehmen, so würde die Regierung bereit gewesen sein, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen und für weitere zwei Wochen die Zuschüsse fortzusetzen. Aber seit den Unterredungen, die zwischen den Ministern und den Vertretern der Gewerkschaften stattgefunden haben, hat die Regierung erfahren, daß nicht nur bestimmte Instruktionen — die von den Vertretern des Generalkrats der Gewerkschaften ausgehen — im Sinne der Proklamierung des Generalstreiks auch für die lebenswichtigsten Industrien und Betriebe ergangen sind, sondern daß darüber hinaus schon bestimmte Handlungen in dieser Richtung vorgenommen wurden, namentlich ein grober Eingriff in das Gebiet der Pressefreiheit.

Ein solches Unternehmen enthält eine Kampfanzeige an die verfassungsmäßigen Rechte und an die Freiheit der Nation. Aus diesem Grunde muß die Regierung Seiner Majestät, bevor sie die Verhandlungen wieder aufnehmen kann, von den Gewerkschaften sowohl eine Verurteilung der

erwähnten Handlungen, die bereits stattgefunden haben, wie auch eine sofortige und bedingungslose Zurückziehung der Generalstreikparole verlangen.“

Diese letzten Worte beziehen sich, wie der amtliche englische Funkdienst hinzufügt, auf die in der vergangenen Nacht erfolgte Arbeitsniederlegung durch die Buchdrucker der „Daily Mail“ als Protest gegen einige Stellen eines Leitartikels, der heute früh in diesem Blatt erscheinen sollte und den sich der Chefredakteur zu ändern weigerte. Infolgedessen konnte der „Daily Mail“ heute früh in London nicht erscheinen, dagegen ist die in Manchester gedruckte Ausgabe des Blattes erschienen.

Die Antwort des Generalkrats.

London, 3. Mai. (WTB.) Die Antwort des Generalkrats des Gewerkschaftskongresses auf die Entscheidung der Regierung beklagt, es sei nichts Ungewöhnliches, daß Arbeiter in Verteidigung ihrer Interessen als Lohnempfänger die Arbeit einstellen. Der besondere Zweck des dahingehenden Beschlusses im gegenwärtigen Fall sei, den Arbeitern das gleiche Recht zu sichern wie den Unternehmern, nämlich, daß die Verhandlungen außerhalb der Atmosphäre des Streiks oder der Aussperrung geführt werden. Was einen „schweren Eingriff in die Freiheit der Presse“ angeht, so habe der Generalkrat keine Kenntnis davon und könne dafür keine Verantwortung übernehmen. Er ergreife wirksame Maßnahmen, um irgendwelche disziplinwidrigen Handlungen zu verhindern. Der Rat bedauere, daß ihm keine Gelegenheit gegeben worden sei, die angeblichen Zwischenfälle zu untersuchen und sich dazu zu äußern, bevor die Regierung sie zum Vorwande nahm, um die Einigungsverhandlungen abzubrechen. Die Öffentlichkeit werde die wahren Absichten der Regierung nach dem überstürzten und beklagenswerten Beschluß in dieser Sache beurteilen und werde es mit dem Generalkrat beklagen, daß seine aufrichtigen Bemühungen um eine ehrenhafte Regelung durch das unerhörte Ultimatum der Regierung zunichte gemacht wurden.

Londoner Pressestimmen.

London, 3. Mai. (WTB.) In Leitartikeln und spaltenlangen Berichten besaßen sich die Blätter mit dem drohenden Generalstreik. Die letzten Ereignisse, das Ultimatum der Regierung und der Abbruch der Verhandlungen konnten nur von einigen Blättern noch unter den letzten Nachrichten erwähnt werden. Die liberalen Blätter kritisieren die Haltung der Regierung durchweg abfällig. Lloyd Georges Blatt „Daily Chronicle“ sagt, wenn die Katastrophe eintrete, müsse natürlich jeder Bürger bei der Aufrechterhaltung der Ordnung mitwirken. Das brauche aber nicht über die Tatsache hinwegzuschauen, daß der verhängnisvolle Konflikt nicht ausgebrochen wäre, wenn die Regierung rechtzeitig und entschieden eingegriffen hätte, statt eine zweideutige Haltung einzunehmen.

Die radikale „Daily News“ erhebt Einspruch gegen den Versuch, die industrielle Krise als eine revolutionäre Bewegung hinzustellen. Was die Regierung betreffe, so habe sich Bald-

win erst am letzten Mittwoch, zwei Monate nach dem Bericht der Kohlenkommission auf Verhandlungen eingelassen. Das einzige, was die Regierung wirklich getan habe, sei gewesen, sorgfältige Vorsichtsmaßnahmen für den Fall eines Streiks zu treffen, statt ihn zu verhindern.

Auch die liberale „Westminster Gazette“ macht Baldwin Unsicherheit und Unklarheit zum Vorwurf.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ erklärt, Baldwin habe sich zum Werkzeug der Schwerindustrie gemacht, und ermahnt die Arbeiter zur Einigkeit, zu Vertrauen zu ihren Führern und Vorsicht gegenüber Spionen.

„Daily Express“ sagt, wenn die organisierte Arbeiterchaft es auf eine Kraftprobe ankommen lasse, könne der Ausgang nicht zweifelhaft sein. Ein Generalstreik werde schlagend sein.

„Daily Telegraph“ mißt dem Generalkrat des Gewerkschaftskongresses die Schuld an der unglücklichen Wendung der Dinge bei und spricht von dem politischen Charakter, den ein industrieller Konflikt erhalten habe.

Situationsbericht der Regierung.

London, 3. Mai. (Reuters.) Bisher ist es nirgends zu Störungen der öffentlichen Ordnung gekommen. Mit Ausnahme der einen Million Bergarbeiter gehen alle friedlich ihrer Beschäftigung nach. Das plötzliche Scheitern der Vermittlungsversuche hat im Lande große Enttäuschung hervorgerufen. Von dem Generalstreik wurden 1 1/2 Millionen Arbeiter des Transportgewerbes und der damit zusammenhängenden Betriebe betroffen. Die Behörden sind damit beschäftigt, die den außergewöhnlichen Umständen angemessenen Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen. Tausende von freiwilligen Arbeitern sind bereits angeworben und die Rekrutierung weiterer Hilfskräfte ist im Gange.

Der englische Bergbau.

Der englische Riesenkampf, der schon durch seine Ausdehnung ein Ereignis von gar nicht abzuschätzender Tragweite ist, wird durch den Umstand gekennzeichnet, daß die Unternehmer ihn provozieren, weil sie den Rückstand, in den Europa durch den Krieg geraten ist, durch die Vereindung der Arbeiterchaft wettzumachen suchen. Wenn zu Beginn des kapitalistischen Maschinenzeitalters die Arbeiter oft ihrer Wut durch Zerstörung der Maschinen Luft machten, so erinnert das Vorgehen der Unternehmer Europas gegenwärtig an dieses primitive Mittel geistig Rückständiger. Die Unternehmer wollen die immer wieder veräuferte Modernisierung der Betriebe noch hinauschieben, gegen den amerikanischen Maschinenismus ankämpfen, indem sie die Arbeiter länger arbeiten lassen und niedriger entlohnen.

Dieses Kapitel ist uns auch in Deutschland reichlich bekannt. Wie es aber besonders im englischen Bergbau, der im Zentrum des großen Kampfes steht, im Vergleich zum deutschen Bergbau aussieht, dafür bietet ein jüngst veröffentlichter Bericht englischer Bergarbeiter einen interessanten Einblick. Vor einigen Wochen hat die englische Zeitung „Daily Mail“ acht Bergarbeiter nach Deutschland auf eine Studienreise

Das Bodenreformgesetz.

Beratung im Reichstag. — Beschluß des Aktionsausschusses.

Im Reichstag steht am Dienstag der Bericht des 11. Ausschusses (Wohnungswesen) über den Antrag der Abgg. Brodauf, Koch-Weser u. Gen. betr. Vorlegung eines Bodenreformgesetzes zur Beratung. Berichterstatter ist der Abg. Silberschmidt.

Es handelt sich um ein Gesetz, das von großer Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft überhaupt, insbesondere aber für unsere Sozialpolitik ist, um ein Gesetz, das den weitesten Rahmen für unsere gesamte Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik bildet, und eine großartige Lösung der Wohnungsfrage ermöglichen soll. Das Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik richtet einen dringenden Appell an den Reichsarbeitsminister. Durch den Obmann des Aktionskomitees ist heute dem Reichsarbeitsminister der nachstehende, einstimmig gefaßte Beschluß des Aktionskomitees übermittelt worden:

„Das Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik beschließt, der Reichsregierung mitzuteilen, daß das Aktionskomitee von ihr die baldige Einbringung des Bodenreformgesetzes erwartet, und daß die baldige Einbringung des Bodenreformgesetzes erwartet, und daß die baldige Einbringung des Bodenreformgesetzes erwartet, und daß die baldige Einbringung des Bodenreformgesetzes erwartet.“

Der Beschluß trägt folgende Unterschriften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (Seipart), Deutscher Gewerkschaftsbund (Bernard Ditt), Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (Dr. Frieda Bläß), Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine H. D. (Alfred Lange), Allgemeiner irischer Angestelltenbund (Aufhäuser),

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (Dr. Böller), Deutscher Beamtenbund (Remmers), Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Dr.-Ing. Wagner), Heimstättenamt der Deutschen Beamtenschaft E. B. (Johannes Lubahn), Arbeitsgemeinschaft der Fachgewerkschaften (Dr. Beume), Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands (Förster), Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen (Stadsholt), Gemeinnützige Reichsbund-Krieger-Siedlung G. m. b. H. (Marote, Pfändner), Märkische Scholle (Schludobier), Deutsches Heim (Schadewald), Reichsbund Deutscher Mieter (Fritz Dzierg), Bund Deutscher Mietervereine, Geschäftsstelle Berlin (Stramf), Gruppe Nord, Gemeinnützige Siedlungs-G. m. b. H. (Siebenhaar), Bund Deutscher Bodenreformer (Victor Road).

Hinter dem Beschluß des Aktionskomitees stehen also die Vertreter von Millionen deutscher Arbeitnehmer. Der Ständige Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium hat in seiner Sitzung vom 22. März 1926 seinen ersten Entwurf für das Bodenreformgesetz von 1920 nicht unwesentlich geändert. Der Wortlaut des revidierten Entwurfes, der vom Ständigen Beirat einstimmig angenommen worden ist, ist durch den Reichsarbeitsminister bereits den Landesregierungen zur Begutachtung zugesandt worden. Ein Zeichen, daß die Regierung selbst überzeugt ist davon, daß das Bodenreformgesetz kommen muß, und daß sie willens ist, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen. Nunmehr kommt alles darauf an, daß der Reichstag der Regierung die Möglichkeit gibt, das Gesetz zu verabschieden.

gesandt, um von ihnen ein Urteil über die Verschiedenheiten beider Länder zu erhalten. Das Blatt wollte seinen Lesern und der Öffentlichkeit zeigen, wie noch im Arbeitsverhältnis stehende Bergarbeiter über den deutschen Bergbau urteilen. Der Bericht ist jetzt erschienen. Er wird ohne Zweifel sehr stark die Beurteilung deutscher Bergwerkverhältnisse in England beeinflussen, einmal, weil man drüben auf das Urteil von im Arbeitsverhältnis stehenden Gutachtern großen Wert legt, zum andern, weil der Bericht auch tatsächlich die Wirklichkeit ziemlich richtig schildert. Daher werden ernsthaftige Widersprüche gegen den Bericht wohl kaum erhoben werden.

Im ersten Teil des Berichtes wird über die Unterschiede, bedingt durch die natürlichen geologischen Verhältnisse, gesprochen. Es wird ausgeführt, daß Vergleiche darüber, in welchem der beiden Länder die beste Abbaumethode angewandt würde, nahezu unmöglich sind, weil die Verhältnisse grundverschieden sind. Methoden von großer Leistungsfähigkeit in dem einen Land sind in dem anderen unwirksam. So sind an der Ruhr die Flöze mehr oder weniger stark geneigt, so daß schon aus diesem Grunde ganz andere Abbaumethoden angewandt werden müssen, als in England mit seinen flachen Flözen. Die Schwerkraft kann in Deutschland erheblich mehr zu Verrichtungen herangezogen werden, zu denen in England Pferde und maschinelle Kräfte verwandt werden müssen. In Oberschlesien sind die Flöze so dick, daß ein Vergleich mit England überhaupt nicht gezogen werden kann. Ebenso sind die Festigkeitsverhältnisse der Kohle überall so verschieden, daß eine Schlussfolgerung, welche Arbeitsmethode allgemein am besten sei, nicht zu ziehen ist. Trotz der unzähligen Unterschiede sind jedoch die englischen Bergarbeiter überzeugt davon, daß in Deutschland die Verwendung von Maschinen im Bergbau in erheblich höherem Maße erfolgt als in England.

Die höchstmögliche Verwendung von Maschinen und die geringste an menschlicher Arbeitskraft sind ihrer Meinung nach in Deutschland mit Entschiedenheit verfolgte Ziele der Unternehmer. Damit wollen sie nicht sagen, daß in England die Maschinen unbekannt sind, aber man muß in England einen ganzen Bezirk besuchen, um dort soviel verschiedene Maschinen zu finden, wie sie in Deutschland auf einer Grube zu finden sind.

Die größten Unterschiede in England zeigen jedoch die Tagesanlagen der Werke. Die Anordnung der Tagesanlagen sowie ihre Ausführung ist in Deutschland erheblich besser als in England. Man hat bei ihrem Bau nicht nur die Leistungsfähigkeit berücksichtigt, sondern auch ästhetische Gesichtspunkte miteinbezogen. Die Maschinenhäuser und Lohnbüros sind im Vergleich zu den englischen Werkstätten als Paläste anzusprechen. Besonders werden die Wasserkraftanlagen erwähnt, die man im Gegensatz zu England überall findet.

Der zweite Teil des Berichtes, der sich mit wirtschaftlichen und Arbeiterfragen befaßt, ist wesentlich interessanter. Zuerst wird auf die großen Kosten der statischen Tagesanlagen hingewiesen. Die Möglichkeit, diese großen Kosten aufzubringen, erklären sie damit, daß in Deutschland im Gegensatz zu England das „Grouping-System“ zu finden ist. Diese Bezeichnung spielt gegenwärtig in England eine große Rolle, da dieses System in dem Bericht der Kohlenkommission sehr warm empfohlen wird. In dem Bericht der Bergarbeiter wird in diesem Zusammenhang ausgeführt:

„Wo wir in England ein halbes Duzend Gruben mit eigenen Tagesanlagen haben, ist in Deutschland ein großes Werk vorhanden, welches ein großes Grubenfeld abbaut. Hierdurch wird nicht nur die Ausbringung großer Kapitalien für die Tagesanlagen ermöglicht, sondern es wird auch die Leistungsfähigkeit der Anlage erheblich verbessert. Auf diesen großen Anlagen findet man Werkstätten, in denen fast alle im Grubenbetrieb notwendigen Gegenstände hergestellt werden. Diese Konzentration hat den Vorteil, daß ein Ausgleich zwischen den rentablen und unrentablen Betriebsstellen stattfindet. Hierdurch wird eine regelmäßiger Beschäftigung ermöglicht. Weiter ist die Ausnutzung der Wäscherei, Rätterei und der Nebenproduktanlagen eine bessere.“

Das Urteil über die Höhe des Verdienstes geht dahin, daß es den Anschein hat, als ob die englischen Bergarbeiter mehr verdienen als die deutschen. Wörtlich wird gesagt: „Selt es wie es soll! Offenbar

ist eine große Armut unter den Bergarbeitern, die sich aus der Statistik nicht beweisen läßt, aber sie geht aus Kleidung, Wohnung und dem Aussehen, vor allem dem der Kinder, auf das deutlichste hervor.“ Von der Arbeitslosigkeit sagen sie, daß sie in Deutschland genau so groß sei wie in England.

Bezüglich der in England an den Bergbau gezahlten Unterstützung berichten sie, daß sie von den deutschen Bergarbeitern erfahren haben, daß auch diese die Unterstützung auf das entschiedenste verurteilen. Begründet habe man es damit, daß durch die Unterstützung die gesamten Weltmarktpreise gesenkt würden. Die Berichterstatter betonen, daß diese Ausführungen für sie besonders interessant gewesen seien, weil man ihnen in England stets erzählt habe, man müsse die Unterstützung der deutschen Konkurrenz wegen einführen. Sie schreiben, je mehr man mit den deutschen Bergarbeitern spricht, um so mehr fühle man, wie eng die Bergarbeiter beider Länder miteinander verknüpft seien. Das deutsche Problem sei das englische und umgekehrt. In Deutschland finde man genau die gleichen Auseinandersetzungen über Löhne, Arbeitszeit und Sozialversicherung (Rationalisierung). Es wird abgelehnt, zu dem letzten Punkte etwas zu sagen, aber bei einem Besuch in Oberschlesien hätten sie gefunden, daß die dortigen Staatsgruben genau so gut geführt und leistungsfähig seien wie ein gutes Privatwerk. Am Schluß des Berichtes heißt es dann:

„Eines ist uns klar geworden. Technische Verbesserungen können das Bergbauproblem nicht lösen. Das Problem hat nicht nur eine technische, sondern auch eine menschliche Seite. Solange es nicht gelingt ein technisches System zu finden, bei dem die Interessen der Arbeiter genügend gewahrt werden, ist wenig Hoffnung auf Frieden im Bergbau vorhanden. Wir fürchten sogar, daß technische Verbesserungen des öfteren das Gegenteil erreichen.“

Selbst die von dem nationalistischen Unternehmerblatt ausgehenden Bergarbeiter haben mit richtigem Instinkt die tiefe Verbundenheit der englischen und der deutschen Arbeiter festgestellt. Diese Verbundenheit steigert unsere Anteilnahme an dem englischen Nierenkampf.

Ermäßigung der Börsensteuern. Ein Geschenk an die Banken.

Unsere Mitteilung über die Absicht des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold, die Börsenumsatzsteuer zu ermäßigen, ist durch die inzwischen erschienene Verordnung bestätigt worden. Danach wird die Steuer für die Händlergeschäfte von 1 von Tausend auf 0,75 von Tausend, für die übrigen Geschäfte von 3 von Tausend auf 1,5 von Tausend ermäßigt. Bei den Händlergeschäften beträgt also die Ermäßigung ein Viertel, bei den übrigen Geschäften die Hälfte des bisherigen Satzes. Beide Ermäßigungen beziehen sich nur auf die Umsätze mit Aktien usw., nicht aber für festverzinsliche Werte. Bei ihnen bleiben die Steuersätze unverändert. Die Absicht also, lediglich eine Erleichterung für den Börsenverkehr in Aktien zu schaffen, tritt in dieser Maßnahme ganz deutlich hervor.

Die amtliche Begründung versucht der Maßnahme die Wirkung zuzuschreiben, die Beförderung des gesamten Wirtschaftslebens herbeizuführen. Sie bestreitet also, daß sie lediglich einen Privatvorteil für die Börsenteilhaber darstellt. Wir vermögen diese Auffassung nicht zu teilen. Der Umsatz an der Börse hängt in erster Linie von der allgemeinen Lage am Kapitalmarkt und erst in letzter Linie von der Höhe der Steuern auf den Börsenverkehr ab. Die letzten Monate haben dafür eine erdrückende Fülle von Beweisen gebracht. Obwohl im vergangenen Jahre die Börsensteuern verschiedentlich ermäßigt wurden, ist der Börsenverkehr immer geringer geworden. Dagegen ist in den ersten Monaten dieses Jahres ein sehr lebhafter Börsenverkehr eingetreten, weil der Kapitalmarkt sich günstiger gestaltet hatte, trotzdem die Börsensteuern unverändert geblieben waren.

Die Sozialdemokratie hält sich in keiner Weise durch die vorzeitige Maßnahme des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold für gebunden. Sie ist ihr im Gegenteil eine erneute Bestätigung ihres immer vertre-

tenen Standpunktes, daß solche Ermäßigungen zu selbständigem Handeln ohne den Reichstag leicht mißbraucht werden und in einer Zeit stabiler Verhältnisse überflüssig sind. Zugleich wollen wir aber keinen Zweifel daran lassen, daß ein Reichsfinanzminister, der dem Parlament Vorschläge macht, weil es Ausgaben erhöhe, sich selbst desapouiert, wenn er gleichzeitig Steuern ermäßigt und so das Gleichgewicht im Etat gefährdet. Herr Dr. Reinhold sollte sich auch nicht darüber wundern, daß der schon früher von der Rechtsopposition erhobene Vorwurf, er lasse sich bei seiner Tätigkeit als Reichsfinanzminister von seiner parteipolitischen Stellungnahme leiten, durch seine neueste Verfügung neue Nahrung erhält.

Wir bedauern das Vorgehen des Reichsfinanzministers aber auch deswegen, weil es einen Verzicht bedeutet auf die Verminderung der Zinsspanne der Banken. Noch immer ist der Unterschied zwischen den Zinsen für Einlagen und den Krediten 6-7 Proz. Die Banken weigern sich beharrlich, diese Zinsspanne zu vermindern. Das Reich hätte die Möglichkeit gehabt, sie dazu zu zwingen und den von allen Kreisen des Volkes verlangten Zinsabbau durchzuführen. Die von den Banken beschlossene Herabsetzung der Effektenprovisionen ist als Gegenleistung für die Steuerermäßigung um so weniger anzusprechen, als sie ebenfalls nur der Börse zugute kommt, während der Steuerausfall von der Allgemeinheit getragen wird.

Liebknechtfeier in Siegen. Stadt und Universität bleiben fern!

Siegen, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Partei von Siegen beging gestern im Anschluß an den Montag eine hundertjahr-Gedenkfeier für Wilhelm Liebknecht. In der Kirchstraße, wo Liebknecht geboren ist, und an dem Lokal von Ritter, wo er verhaftet hat, wurden Gedenktafeln enthüllt, wobei Staatspräsident Genosse Ulrich und Genosse Dr. Quard Ansprachen hielten. Der Parteivorstand sowie die hessischen und badischen Landesvorstände hatten Vertretungen entsandt. Von der Familie Liebknechts war Justizrat Rich. Wolf, der Schwager Wilhelm Liebknechts, anwesend.

Auch die Stadtverwaltung und die Universität waren eingeladen. Die erste gab überhaupt keine Antwort, die zweite hatte eine Vertretung zugesagt, aber dann wieder abgelaßt, weil die Feier einen „zu politischen Charakter“ trage. Die Feststimmung wurde dadurch nicht beeinträchtigt. Nach der Enthüllung der Tafeln begab sich ein Zug von vielen Tausenden nach der Liebknechtstraße, wo als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Stampfer die Gedenkrede hielt.

Das Verhalten der Stadt und der Universität bildet in ihrer Geschichte kein Ruhmesblatt.

Die Maisfeier in Bukarest.

Das sozialdemokratische Zentralorgan beschlagnahmt.

Bukarest, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht. — Verspätet eingetroffen.) Die Arbeiterschaft herrschte in der ganzen Stadt. Schon morgens kamen größere Arbeitergruppen an den Zentralklub der Anstetdamer Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, wo sie sich versammelten. Der Anordnung des Militärbefehlshabers von Bukarest gemäß wurden keine Reden gehalten. Jedoch wurden Arbeiterlieder gesungen.

Bereits, da gemeinsame Züge verboten waren, gingen die Genossen dann nach Baracu, wo die Feier begangen wurde. An der Veranstaltung nahmen circa 20000 Arbeiter teil. Nach dem Abgange der Internationale zerstreuten sich spät abends die Massen.

Die Feier wurde dadurch gedrückt, daß das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Socialist“, von der Militärbehörde beschlagnahmt wurde.

In den deutsch-polnischen Liquidationsverhandlungen forderte die deutsche Regierung die polnische auf, sich mit der völligen Aufhebung der Liquidationen „im Interesse des künftigen Verhältnisses beider Länder“ einverstanden zu erklären.

Kunstschätze und Fürstenenteignung.

Von Prof. Dr. Hermann Schmih.

In den Auseinandersetzungen der deutschen Länder mit den früheren Fürsten spielen die Kunstschöpfungen der ehemaligen Landesherren, ihre Schlösser und Parks und alten Kunstsammlungen, eine große Rolle. Sie sind nach der Staatsumwälzung in der Hauptsache von den neuen Regierungen in Besitz genommen und der Allgemeinheit zugänglich gemacht worden. Während in den meisten Bundesstaaten, namentlich in den süddeutschen und in Sachsen, die Ueberführung der fürstlichen Kunstgüter in den öffentlichen Besitz ohne Reibung auf Grund gütlicher Vereinbarungen vollzogen werden konnte, ergeben sich in anderen, vornehmlich in Preußen und Thüringen, dadurch Schwierigkeiten, daß von fürstlicher Seite Teile des Kunstbesitzes beansprucht werden, die von besonderer Bedeutung für die Kultur des Landes sind. Ganz allgemein herrscht in diesen Fällen bei den Fürstenvertretern die Meinung, deren Kunstbesitz, ihre Schlösser mit Zubehör usw. als angeblich unbefristetes Eigentum gewissermaßen den Ländern in Rechnung zu stellen, um dadurch die Abfindung für die Fürsten günstiger zu gestalten.

Es liegt aber im Interesse der Allgemeinheit, klarzulegen, warum solche Gegenrechnung nicht möglich ist und aus welchem Grunde der Staat berechtigt ist, die älteren Kunstschöpfungen der Fürsten von Hause aus als ihm zugehörig zu betrachten. Die bedeutendsten Schlösser, Kunstschätze und Parks sind von den Fürsten in der Epoche des Absolutismus geschaffen worden, als der Begriff des Fürsten jäh vollständig mit dem des Staates deckte und der Fürst in seiner Person nicht nur die finanziellen und staatlichen, sondern auch die geistigen und künstlerischen Kräfte des Landes vereinigte. So sind die Kunstschöpfungen damals nicht nur unter der finanziellen, sondern auch unter der tätigen Mitwirkung des Volkes entstanden. Wie der Fürst die Geldmittel aus Quellen entnahm, deren privater oder öffentlicher Ursprung nach heutigen Begriffen nicht zu bestimmen ist, so bemühte er Steinbrüche, Lehm- und Sandgruben, Kalkwerke und Forsten, die staatliches Eigentum waren, zur Beschaffung der Baumstoffe. Selbst die Fron- und Handspanndienste der Bauern beruhten noch auf öffentlichen Rechten. Das ganze Land fand gleichsam in diesem durch und für seine Spitze geschaffenen Werke — entsprechend den damaligen Zeitauffassungen — den Ausdruck seiner schöpferischen Kraft, und daher hat z. B. die französische Republik ohne weiteres den gesamten Kunstbesitz der ehemaligen Könige übernommen und blüht auf die Schöpfungen Ludwigs XIV. und seiner Nachfolger als auf die glänzendsten Zeugnisse der künstlerischen und handwerklichen Begabung des französischen Volkes. In gleicher Weise ist man ja auch in Sowjetrußland verfahren.

Erst seit 1848 ist bei uns eine endgültige Scheidung der staatlichen und fürstlichen Vermögensverwaltungen eingetreten. Aber bezüglich der Schlösser, Parks und Kunstwerke kann auch diese Scheidung keineswegs als bindend für die heutigen Verhältnisse angesehen werden. Auch damals bestand ja noch die Voraussetzung, daß der Fürst weiter der Vertreter des Staates, wenn auch in anderer Form, blieb, und wenn deshalb damals beispielsweise die preussischen Königschlösser, einschließlich des riesigen Berliner Schlosses, auf die private Vermögensverwaltung des Königshauses, auf die Kronverwalterkommission und in die Verwaltung des Haus-

ministeriums der Hohenzollernfamilie übergingen, so ist das selbstverständlich nur unter der heute sonstigen Voraussetzung geschehen, daß sie weiter der Repräsentation der Könige als Staatsvertreter dienlich blieben. Es besteht demnach ein historisch begründeter Rechtsanspruch des Volksstaates auf die sämtlichen älteren Kunstschöpfungen der früheren Fürstenhäuser, besonders, soweit sie eine höhere Kulturbedeutung besitzen. Freilich erwacht dem Staate mit der Uebernahme dieses bedeutenden Schatzes an Rational- und Kunstgütern die Pflicht ihrer Erhaltung und Pflege und ihrer möglichst weitherzigen Dienstbarmachung für die Öffentlichkeit. Nicht nur das Verständnis für Kunst und Kultur, sondern auch das praktische Bau- und Kunsthandwerk soll dadurch befördert werden. Zu diesen Zwecken ist es u. a. auch notwendig, daß alle Beschränkungen des Studiums, des Photographierens und Kopierens in den staatlich gewordenen Schlössern soweit wie irgend möglich aufgehoben, und daß vor allem keine privaten oder halbprivaten Monopole irgendwelcher Art die schmerzlichen Gelehrten, Künstler und Kunsthandwerker von der Mitarbeit an der Veröffentlichung dieses nationalen Kunstgutes ausschließen.

Wenn Meeresströmungen sich ändern.

In den weiten Gebieten der Ozeane vollziehen sich bisweilen Revolutionen, die wenig Beachtung finden, aber durch ihre Wirkungen große Katastrophen zur Folge haben können. Solche Umwälzungen treten ein, wenn die großen Ozeanströmungen ihre Wege verändern. Die Bewohner der Meere haben sich so vollkommen den natürlichen Bedingungen angepaßt, daß bei einer Aberration der Strömungen in den Tiefen die schwersten Schädigungen entstehen.

Ein Beispiel dafür hat sich kürzlich an der Westküste von Südamerika ereignet, wie ein englischer Meeresforscher ausführt. Dort fließt die sogenannte Humboldt-Strömung von der Antarktis her, während südlich vom Äquator eine warme Strömung, El Niño genannt, vorhanden ist, die sich südlich von Nordperu selten bemerkbar macht. Aber im Jahre 1891 und dann wieder 1923 schien die kältere Strömung plötzlich ihre Kraft zu verlieren, und El Niño nahm seinen Weg sehr viel weiter südlich. Für das Fisch- und Vogelleben bedeutet das Verhängnis und auch der Mensch selbst davon nicht unberührt. Die Fischerei an der chilenischen Küste war ergebnislos; merkwürdige tropische Fische drangen in die Küsten ein, aber da Chile nicht so sehr von den Erträgen des Meeres abhängig ist, war dieser Schaden weniger fühlbar als die Verheerung unter den Millionen von Guanovögeln, die auf den regenlosen Klippen leben. Unter diesen wurde der schwerste Schaden angerichtet. Tausende von toten Vögeln säumten die Küste ein; die hungernden Ueberlebenden, die infolge des Fischmangels ihre gewohnte Nahrung nicht finden konnten, starbten hilflos und verzweifelt in den Küsten herum. Die Verluste waren um so größer, weil die Aberration der Strömung mit der Brutzeit zusammenfiel, so daß die Eier und Jungen vielfach verfaulen wurden. Nur die Geier, die von den toten Tieren, schwelgten in Ueberfluß. Die Siedlungen dieser nützlichen Vögel dürften auf Jahre hin vernichtet sein. Die durch die wärmere Strömung hervorgerufenen Regen an dieser gewöhnlich trockenen Küste halfen das Unglück verewigen. Nach einer offiziellen Schätzung beläuft sich die Menge des Guano, die ins Meer gespült wurde, auf

35 000 Tonnen, abgesehen von dem Schaden, den die übrig bleibenden Vögel erlitten. Die Bitterung begünstigte das Erscheinen von Mollusken, die wieder eine Malariaepidemie zur Folge hatte. Selbst in den hoch über der Küste gelegenen Gebirgen wurden die Farmer und Viehzüchter durch Erscheinungen erschreckt, für die sie zunächst keine Erklärung hatten.

In unseren nördlichen Breiten sind solche Katastrophen, die das ganze Klima ändern und die Lebensbedingungen auf den Kopf stellen, nicht zu fürchten. Aber auch hier machen sich von Zeit zu Zeit Unregelmäßigkeiten der Strömung bemerkbar, die die arktische Küste von Nordwesteuropa fernhält. So muß im Jahre 1902 eine derartige Revolution in den nördlichen Meeren stattgefunden haben. Im folgenden Frühjahr, als der Kobekau an die Vostoteninseln zum Laichen kam, erlebten die norwegischen Fischer eines der schlechtesten Jahre, die sie je gehabt hatten. Die Fische erschienen spät, waren sehr klein und außerordentlich dünn, so daß wenig Lebertran gewonnen wurde. Grönlandische Robben erschienen in den südlichen Fjorden und erreichten sogar die Schottlandsinseln, während an der russischen Murmanküste Angelen von toten verhungerten Wummen an die Rüste geschwemmt wurden.

Theaterkandal in Halle. Nachdem die Erstaufführung des „Frühlichen Weinberg“ am Sonnabend ruhig verliefen war, kam es in der Aufführung am Sonntag zu stürmischen Kundgebungen. Fast die ganze hallesehe Studentenschaft hatte sich eingefunden, um gegen Stellen des Werkes zu demonstrieren, die dazu angehen seien, „studentische Gepflogenheiten“ ins Prätorische zu ziehen. Fast eine Dreiviertelstunde lang mußte die Aufführung unterbrochen werden. Die Studenten sangen das Deutschlandlied, und die Kommunisten, die sich zu Gegenkundgebungen eingefunden hatten, antworteten mit der Internationale. Erst dem Ueberfallkommando gelang es, durch Entfernung einiger Demonstranten die Ruhe soweit wieder herzustellen, daß mit einigen Unterbrechungen die Vorstellung zu Ende gebracht werden konnte.

Lobans Würzburger Arbeit. Rudolf von Lobon reist für einige Wochen nach Amerika und beabsichtigt gelegentlich seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten, die dortigen Einrichtungen von Körperbildungsschulen und Tanzstätten zu studieren. Der Aufbau der Akademie der Tanzkunst in Würzburg beginnt schon jetzt mit Sommerkursen im Naturpark der Akademie. Im Herbst sollen die ersten Reiteratelliers eröffnet werden. Im Würzburger Stadttheater finden auf Einladung seines Leiters Heinrich K. Strahm nach der Lobans Amerikareise am 9. und 10. Mai Aufführungen des Städtischen Ballets „Don Juan“ unter Lobans Regie und seiner persönlichen Mitwirkung in der Rolle als Don Juan statt.

Der Gedächtnisruf einer Driestlaube. Ein Fall von Gedächtnisruf ist ein Vogel, wie er bisher noch nicht festgestellt wurde, hat sich in Ungarn ereignet. Eine Driestlaube, die bei Rarannes in Frankreich am 10. Juni 1922 verlor, ist nach einer Abwesenheit von 3 Jahren und 9 Monaten glücklich zu ihrem Besitzer J. B. Andrews in Galy zurückgekehrt.

Am die Verlängerung der Schulzeit. Auf dem Antrage der an der Bremer Ueberseehaus beteiligten Schulen, der für das nächste Jahr vorgezogen wird, wird die französische „Association littéraire et artistique“ die Verlängerung der Schulzeit an Werken der Literatur, der bildenden und der Tonkunst von 30 auf 50 Jahre beantragen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Vereinigung für sozialen Fortschritt.

Vom 1. D. S. wird uns geschrieben:
Am 27. April stattete der Generalsekretär der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt, Professor Boiffard - Paris, dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einen Besuch ab, um die Fühlung zwischen dieser Vereinigung, die im vergangenen Jahre ins Leben getreten ist, und der größten deutschen Arbeiterorganisation aufzunehmen.

Die Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt ist die Körperschaft, in der sich die Internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz und die Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammengeschlossen haben. Es ist zu hoffen, daß dem Zusammenschluß dieser bedeutenden internationalen Vereinigungen, die schon auf eine vierzigjährige jährliche Wirksamkeit zurückblicken, auch ein Zusammenschluß ihrer Landesgruppen folgen wird, der bisher noch nicht in allen Ländern verwirklicht worden ist. Die Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt hat neben und gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt wichtige Aufgaben zu erfüllen. Sie hat, wie Albert Thomas in Prag auf dem Internationalen Kongress für Sozialpolitik ausführte, die Mission, die öffentliche Meinung zu vertreten, anregend und kritisch auf die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes einzuwirken und nicht zuletzt durch ihre wissenschaftliche Arbeit, ihre Propaganda, ihren Einfluß auf die Parlamente der verschiedenen Länder dafür Sorge zu tragen, daß die Abkommen der internationalen Arbeitskonferenzen von den verschiedenen Staaten angenommen und durchgeführt werden.

Die Vereinigung für sozialen Fortschritt hat Staatskanzler a. D. Dr. Renner in Wien zum Vorsitzenden; ihr Generalsekretär Professor Boiffard hat seinen Wirkungsbereich in Paris; das Bureau der Vereinigung befindet sich in Basel. Die Namen dieser beiden Männer sind in den Kreisen der internationalen Sozialpolitik seit Jahrzehnten rühmlich bekannt. Ihre Tätigkeit an der Spitze der Vereinigung ist eine Gewähr dafür, daß in Zukunft von dieser Vereinigung politische Arbeit geleistet werden wird. Sie kann bei ihren Bemühungen auf die tatkräftige Mitwirkung der deutschen Gewerkschaften rechnen, deren Verdienste für die Sozialpolitik der modernen Industriestaaten Professor Boiffard in seinem Bericht an den Prager Kongress mit warmen Worten anerkannt hat.

Großkampf in Norwegen.

Um die Kosten der Rationalisierung.

Die großen Arbeitskrisen, die sich gegenwärtig in den verschiedensten europäischen Landesstellen abspielen, sind vor wenigen Tagen durch die Absperrung von mehr als 25 000 Arbeitern in Norwegen vermehrt worden, nachdem eine Erneuerung der Frühjahrsstarke noch längere vergeblich versucht wurde. Von diesem Konflikt, der ebenfalls im Rahmen der zu erwartenden großen Arbeitskämpfe in Europa betrachtet werden muß und Beachtung verdient, sind in erster Linie die Eisenindustrie, der Bergbau, das Baufach und die Lederbranche betroffen.

Im Jahre 1924 war es in diesen Industrien aus dem gleichen Grunde wie sehr schon einmal zu einem umfangreichen Arbeitskonflikt gekommen. Die wochenlangen Kämpfe führten schließlich zum Abschluß zweijähriger Tarifverträge. Sie ließen die Möglichkeit offen, im Januar 1925 neue Verhandlungen anzustrengen, falls sich der Lebenshaltungsindex bis dahin um mehr als 5 Proz. ändern sollte. Dieser Fall trat ein, so daß die Arbeiter mit Recht eine Änderung der Tarife verlangten und eine generelle Lohnzulage von 15 Dere pro Stunde durchsetzten.

Das Ende des vergangenen Jahres aber brachte eine starke Deflation, die sich auf die Lebenshaltungskosten auswirkte, so daß der Lebenshaltungsindex statt damals 271 im März 1926 auf 225 gesunken war. Da die Tarife an sich zu erneuern waren, mußte eine Lohnherabsetzung erwartet werden.

Die allgemeine Lage der an dem Konflikt beteiligten Industrien hat hierzu zweifellos beigetragen. Der Bergbau ist heute z. B. vor die Alternative gestellt, entweder die Betriebskosten um insgesamt 50 Proz. abzubauen oder den Betrieb einzustellen. Insbesondere der nordische Eisenbergbau zahlt schon seit 1920 kaum noch Dividenden. Aber das wäre nicht das Schlimmste, wenn der Bergbau heute sein Leben nicht mit Bankkrediten fristen würde, die gegeben werden, damit das schon von Banken in die Bergwerke gesteckte Geld nicht rettungslos verloren ist. Die Eisenindustrie dagegen steht mitten in einer Umstellung und infolgedessen wirtschaftlich auf äußerst schwachen Füßen, während die Textilindustrie wie des gesamte skandinavische Textilgewerbe unter dem Dumping der Belgier und Franzosen mit ihrem niedrigen Franken außerordentlich leiden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Unternehmer unter diesen Verhältnissen eine Lohnherabsetzung von rund 25 Proz. verlangten und die Arbeiter in bezug auf die Lohnfrage weitgehende Zugeständnisse machten. Außerdem aber verlangten die Unternehmer eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch Verkürzung der Ferien und Herabsetzung der Entlohnung für die Überstunden usw.

Diese Forderungen waren für die Gewerkschaften unannehmbar. Infolgedessen mußte die Regierung eingreifen. Sie ernannte einen „Reichsrichtungsamt“, der noch wiederholten Verhandlungen mit den beiden Parteien Mitte April Tarife vorlegte, die ein Kompromiß zwischen den Unternehmerforderungen und den gewerkschaftlichen Zugeständnissen darstellten. Es wurde eine generelle Lohnherabsetzung um 10 Dere-Zulage, die im vorigen August zugestanden worden war, vorgegeben. Dagegen lehnte der Tarif die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, wie sie von den Arbeitgebern gefordert werden, ab. Er sollte an sich auf ein Jahr abgeschlossen werden, aber nach der Feststellung der nächsten Indizes im August d. J. die Möglichkeit einer neuen Lohnregulierung offen lassen. Praktisch hätte also nach diesem Tarif für die Arbeitgeber die Möglichkeit bestanden, schon im August neue Lohnherabsetzungen zu fordern.

Die Arbeiter haben unter diesen Umständen den in Vorschlag gebrachten Tarif in einer Urabstimmung abgelehnt, während die Unternehmer ihm — mit Ausnahme des Bergbaus und der Säuhfabriken — zustimmten. Die Ablehnung des Tarifes durch die Arbeiter erfolgte gegen den Wunsch der Gewerkschaftsführer, sogar gegen den Willen einiger Führer der Moskauer Kommunisten. Das führte in der kommunistischen Partei zu einer Palastrevolution, die mit einem Wechsel in der Redaktion des Zentralorgans endete.

Es ist in anbeacht der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Norwegen äußerst schwer, über den Ausgang des großen Arbeitskonfliktes auch nur das Geringste vorauszusagen. Vorläufig besteht die Möglichkeit, daß der Konflikt noch stark an Ausdehnung zunimmt. Erst in diesen Tagen haben die Unternehmer der Säuhholzindustrie und die Arbeiter der kommunalen Baubetriebe in Oslo die ihnen vorgelegten Schiedsprüche verworfen, so daß auch in diesen Industrien ein Konflikt nicht ausgeschlossen ist. Hinzukommt, daß am 1. Mai der Tarif in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie abgelaufen ist, ohne daß hier die Aussicht auf eine schnelle Erneuerung besteht.

Urabstimmung der Brauereiarbeiter.

Streik oder Weiterarbeit.

Die Funktionäre der Brauereiarbeiter hatten in ihrer Versammlung am 27. April beschlossen, in den Betrieben eine Urabstimmung über Streik oder Weiterarbeit durchzuführen, weil die Brauunternehmer es abgelehnt hatten, über eine Herabsetzung von 7 M. Lohnherabsetzung pro Woche für alle Brauereiarbeiter auch nur zu verhandeln. Diese Urabstimmung findet nunmehr am Mittwoch und Donnerstag statt. An der Urabstimmung dürfen nur freigewerkschaftlich organisierte Brauereiarbeiter teilnehmen. Die Abstimmungsergebnisse müssen spätestens Freitag abends 6 Uhr im Bureau des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter sein, um das gesamte Abstimmungsergebnis feststellen zu können.

Auch die Bäckermeister wollen abbauen.

Die Bäckerbeschäftigten von Berlin waren am Donnerstag im großen Saal der Germania-Säle versammelt, um Stellung zu nehmen zu der Situation, welche sich aus der Kündigung des bisherigen Tarifes durch die Bäckermeister zum 30. April ergibt, da ein neuer Tarif noch nicht abgeschlossen ist. Der Vorsitzende des Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes der Reichshauptstadt, Genosse Schumann, gab einleitend seiner Ausführungen bekannt, daß der bisherige Tarif bis zum 31. Mai verlängert sei und am 1. Mai die erste Verhandlung über den neuen Tarif stattfinden soll. Des weiteren berichtete er, daß trotz mehrfacher Mahnung die Forderungen der Arbeiter erst am Dienstag bei der Organisation eingelaufen seien, mit der Aufforderung, am Donnerstag zu verhandeln. Die Verhandlungen seien aber nur sehr kurz gewesen, da die Bäckermeister in dieser Sitzung weitere Forderungen stellten, was eine Verhandlung unmöglich machte. Von der Verhandlungskommission der Arbeiter sind ebenfalls Forderungen überreicht worden.

Die Forderungen der Unternehmer bedeuten einen vollen Abbau des bisherigen Tarifes. Die Ferien sollen von 6 Tagen auf 3 Tage herabgesetzt werden und erst nach 4 Jahren sollen 6 Tage erreicht werden. Der Redner wies darauf hin, daß dadurch die Woche Ferien im Kleinbetrieb nur noch auf dem Papier stehen würde, da gerade im Kleinbetrieb das Arbeitsverhältnis eher beendet wird. Das Tarifamt soll reiflos fallen. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen will man auf Umwegen die 48stündige Arbeitswoche einführen, indem man Überstundenzahlung von Erreichung der 48 Stunden abhängig macht. Auch von Kündigung ist man kein Freund; demgemäß soll die Kündigungsfrist auf 3 Tage herabgesetzt werden.

Den Vogel haben aber die Unternehmer mit ihrer Forderung betrefis der Löhne abgeschlossen. Die Löhne sollen für die große Mehrzahl der Beschäftigten um 4 und 5 M. abgebaut werden!

Die Versammelten erklärten in der Diskussion, daß es angezwungen werden müsse, ob unter diesen Umständen ein Tarif überhaupt möglich sei und beauftragten die Verhandlungskommission, bei den Verhandlungen einen Tarif abzuschließen, nur wenn die Arbeitgeber weit von ihren jetzt gestellten Forderungen ablassen.

Abkommen in der Solinger Metallindustrie.

Essen, 3. Mai. (II.) In der Solinger Metallindustrie ist mit den kaufmännischen Angestellten ein neuer Rahmentarif abgeschlossen worden, der bis auf weiteres gültig ist. Die Urarbeitszeit ist in der Form geregelt worden, daß Angestellte bis zu 25 Jahren 6 Arbeitstage Urlaub und Angestellte über 25 Jahre 12 Urlaubstage erhalten. Bei Arbeitsverfängerung soll nach einer Ankündigungsfrist von 4 Wochen eine entsprechende Gehaltsfängerung eintreten. Überstunden werden nach freier Vereinbarung von der 52. Wochenstunde an bezahlt. Die Stellungnahme der Parteien steht noch aus.

Sport.

Sawall gewinnt das „Goldene Rad“.

Fünf Dauerfahrer stellten sich am gestrigen Sonntag dem Starter auf der kleinen Bahn im Osten, um das klassische Rennen, das „Goldene Rad“ auszufahren. Trotz der ungünstigen Witterung wies die Bahn viele Besucher auf, die mit Interesse den Kämpfen der Sawall, Krupat, Lemanow, Dederichs und Riquel folgten.

Im „Goldenen Rad“, das über 1 Stunde ging, lieferten Sawall und Franz Krupat die stärksten Momente. Ueberhaupt Krupat zeigte eine blendende Form, die in dieser Saison viel erwarten läßt. Leider wurde „Franz“ in der 13. Minute von einem Reifenschaden betroffen, der einen Verlust von zwei Runden brachte, die nicht mehr aufgeholt werden konnten. Und nur Dank dieses Verlustes konnte Riquel den zweiten Platz hinter Sawall und vor Krupat belegen. Lemanow hatte wieder einmal seinen „berühmten“ Tag, so daß der Köhner Dederichs, der noch sehr unsicher die Rolle fährt, keine Mühe hatte, Emil auf den fünften Platz im Gesamtklassement zu verweisen!

Am Preis von Trepow über 25 Kilometer siegte in leichter Weise Krupat vor Lemanow, Riquel, Sawall und Dederichs. Hilegerkämpfe, die im Hauptfahren Jensen, im 20-Runden-Punktefahren Reiche und im Entschädigungrennen für die Unplazierten die Unplazierten Ränzner als Sieger sahen, umrahmten das Programm.

Resultate: Preis von Trepow über 25 Km. 1. Krupat 23 Min. 03,4 Sek. 2. Lemanow 24,0, 3. Riquel 40,0, 4. Sawall 11,6, 5. Dederichs 21,90 Meter zurück. Hauptfahren über 4 Runden. 1. Krupat, 2. Lemanow, 3. Jensen 2 Min. 29,2 Sek. 2. Dederichs, 3. Riquel, 4. Dederichs. 20 Runden-Punktefahren: 1. Reiche 16, 2. Dederichs 13, 3. Reiche 10, 4. Jensen 8 Punkte. Entschädigungrennen für die Unplazierten: 1. Ränzner 2 Min. 16,3 Sek. 2. Lemanow, 3. R. Bauer, 4. Dederichs. Goldenes Rad, 1 Stunde: 1. Sawall 63,630, 2. Riquel 63,160, 3. Krupat 62,970, 4. Dederichs 60,180, 5. Lemanow 58,850 Km. gefahren.

Vor dem Ausfahren des „Goldenen Rades“ wurde der Mitmeister des Hilegerports, Billy Arend, anlässlich seines 50. Geburtstages in einer Ansprache Direktor Wilkes geehrt. Unter lebhafter Akklamation mußte Arend eine Ehrenrunde fahren.

Die Kämpfe im Sportpalast.

Zu dem in der Sonnabendmorgenausgabe veröffentlichten Bericht über den Bogtschloßkampftag im Sportpalast geben wir noch folgende Einzelheiten:

Im Ausscheidungskampf um die Halbschwergewichtsmeisterschaft trafen sich als erstes Paar Hans Köhnisch (152 Pfd.) und Max Dietmann (156 Pfd.). In der fünften Runde gelang es Dietmann, Köhnisch l. o. zu schlagen. Bereits in den vorhergehenden Runden mußte Köhnisch wiederholt auf die Bretter gehen. In der Ausscheidung um die Federgewichtsmeisterschaft siegte der elegante und technisch hervorragende Paul Road (112 Pfd.) über Karl Sasse (114 Pfd.) nach einem flotten Kampf, der über die Runden ging, glatt nach Punkten. Sasse schlug sich heroisch, konnte aber dennoch gegen den stark verbesserten und ihm weit überlegenen Road nichts ausrichten. Unter starkem Beifall stieg dann zuerst Ludwig Haymann (170 Pfd.) und kurz darauf Paul Samson-Körner (165 Pfd.) in den Kampfring. Gleich in der ersten Runde, in der Haymann mit allen bögerischen Feinsetzungen seinem Gegner zu Leibe rückte, erkennt man die große und verbesserte Form des Studentenvorgers. Samson findet sich zuerst nicht zurecht. Nach der fünften Runde aber zeigt er, daß er noch der alte ist, wird beweglich, findet, zeigt vorzügliche Armarbeit und ruft in seinen Fights starke Beifallstürme hervor. Aber auch Haymann zeigt sich von der besten Seite, kann aber den Punktvorsprung seines Gegners nicht mehr aufholen, muß sich nach Punkten geschlagen betennen. Den Schlussskampf bestritten Paul Czirion (121 Pfd.) und Ludwig Schell (121 Pfd.). Czirion, der von Anfang an führte, hatte in Schell zwar einen durchaus gleichwertigen und technisch vielleicht sogar überlegenen Gegner, doch konnte er infolge seiner größeren Ringierfähigkeit und mit einer äußerst großen Schlagkraft den jugendlichen Schell in acht Runden glatt abfertigen.

Heute abend, 8 Uhr, wird der Polizei-Sport-Verein im Saalbau Friedrichshain die Saison mit einer sehr gut besetzten nationalen Bogspannstellung abschließen. Reun sportlich hochwertige Kämpfe stehen auf dem Programm. Die Hauskapelle wird in den Pausen für musikalische Unterhaltung sorgen. Trotzdem die Preise sehr volkstümlich gehalten sind, gewährt der veranstaltende Verein sämtlichen Arbeitlosen an der Abendkasse gegen Vorzeigung eines Ausweises halbe Rappenpreise auf allen Plätzen.

Einweihung des Golfplatzes in Wannsee. Am Sonntag hat der „Golf- und Landklub“ seinen neuen Platz in Wannsee offiziell eingeweiht, nachdem schon im Herbst des vergangenen Jahres die Anlage spiefertig war. Es war ein großer Tag für die große Welt. Autos reichte sich an Autos und die wenigen, die mit der Bahn gekommen waren, zählten kaum zu den Klubmitgliedern. Unter der Obhut des Präsidenten Gutmann ist eine Anlage entstanden, die nicht nur in golfsportlicher Hinsicht, sondern auch zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse der Mitglieder alles mündigenswerte bietet. Oberbürgermeister Böß übergab persönlich dem Sieger des ersten Wettspiels seinen Ehrenpreis. — Das Golfspiel ist durchaus kein Sport, der zu hohe finanzielle Anforderungen stellt. Wenn aber in Berlin nur ein Golfplatz vorhanden ist und dieser einzige dem genannten Klub gehört, so find die Anhänger des schönen Sportes eben darauf angewiesen, recht tief in den Säckel zu greifen, oder auf das Golfspiel zu verzichten. In Wannsee ist er jedenfalls eine Angelegenheit für Guttuierete.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Erich Salzenus; Gewerkschaftsbewegung: J. Heiser; Fußball: R. A. Böker; Pöbel: und Sport: Fritz Kersch; Literatur: Ed. Glaser; Jüdisch in Berlin: Berlin: Formaria-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Formaria-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

In 1/2 Stunde werden Sie von der so lästigen Wanzen-Plage

nebt Brut bereit bei Gebrauch und richtiger Anwendung meines als unzählbar anerkannten Spezial-Mittels. Preis 1. — M. Gegen Schwaben, Russen, Frantosen und Flöhe am Motten nebt Brut heilen nur meine als vorzüglich anerkannten Spezial-Mittel in Schächeln 1. — M. Spezial-Mittel gegen Hunden, Ziegen u. Hünser. Preis 1. — M. Spezial-Mittel gegen Blutlaus, Blattläuse, Obstmoten, Kammgrind etc. Preis 1. — M. Spezial-Mittel gegen Kalkbeine, Kammgrind etc. Preis 1. — M. Säger 1. — M. Nur allein echt bei Arth. Mothes, Berlin W 11, Swinemünder Str. 41

Der neueste Volks-Massenschlager

spottbillig / federtief / farbenprächtig für Geschäftsinh., Straßenhdl., Marktfahrer in mehreren Qualitäten.

Enormer Absatz! Größter Nutzen! Besichtigung u. Anleitung täglich von 9—6 bei

GUMMI-ENGEL

W 9, Potsdamer Straße 131, 1

Photoapparate, Feldstecher

Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuscher Damm 98

Adolf Hoffmann

Episoden und Zwischenrufe

aus der Parlaments- und Ministerzeit.

Preis 1 Mark. Vortr. 5 Pfennig.

Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

HUNDE

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik

Chausseestraße 93 neben Kriegervereinshaus

Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Krause-Pianos

zur Miete

Ansbacher Str. 1, 1. u. 2. Stock

Trinkt nur Sinalco



Die echte Bilzbrause

nährhaft, erfrischend, bekömmlich, aus bestem Zucker und natürlichem Fruchtaroma hergestellt.

Pfänder

Die in den Monaten August und September 1925 bei unseren Abteilungen verlehrt und nicht erneuert wurden, kommen zur Versteigerung ab 3. Mai d. J. und folgende Tage, Jägerstr. 64, Beginn 9 Uhr nachmittags

Staatliches Leihamt

Pianos ohne Anzahlung

Bequemste Teilzahlung Preise von RM. 800,— an

Jörzey

Potsdamer Str. 39

Der gute Kapitän-Kaufabak

C. Böker, Berlin Lichtenberger Straße 22, Kgl. 361

Berliner Elektriker Genossenschaft

angeschl. dem Verh. sov. Baubetriebe Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88 Fernsprecher: Norden 6324, 6516

Filiale Westen, Wilmersdorf

Landhausstr. 4, Tel.: Pflanzburg 9831

Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telefon: Köpenicker 546

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausführg. sämtl. Reparaturen

Preiswerte, gediegene Arbeit

Auf Teilzahlung

Herren- und Damen-Garderobe Knaben-Sportartikel, Gabardine- und Gummi-Mäntel

MÖBEL

Schlafzimmer, Küchen, Schränke, Metallbetten, Sofas, Chaiselongues

Bunde 7, Gr. Frankfurter Str. 34

Strausberger Platz